

Selle 8
Statuten
genommen.
weiter
en die drei
genommen
dem Bericht
die gegen
Dresdener
kann, auf
dieser. Am
ange- und
einem Be-
über An-
schlagen
zusammen
mit den
gegen den
eine aus-
Statuten-
fcheidung

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gebr. Kraßholz, Dresden.

Verleger: Dresden,
Heinrich & Comp., Nr. 1928.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altbau.
Einzelpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 85,00 M., durch die Post gegen vierteljährlich 100,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 65,00 M. Einzelnummer 2,- M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 Uhr bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Ausgabenpreis: die 8gespaltene Komparselle 7,00 M., Familienanzeigen 6,00 M., die 8gespaltene Reklamezeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferleistung 2 M.

Nr. 159

Dresden, Dienstag den 11. Juli 1922

33. Jahrg.

Chemnitzer Ergebnisse

Der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie, der am Sonntag und Montag in Chemnitz stattfand, nahm einen sehr befriedigenden Verlauf und zeigte, daß der Sozialismus in Sachsen in gutem Fortschreiten ist. Erfreulich waren die Mitteilungen, die Genosse Eggert als Leiter der Landesorganisation über die Fortschritte der Organisation und der Arbeit unserer Partei machen konnte. Vor allem aber legten die Verhandlungen des Parteitages Zeugnis ab, wie wichtig und erfolgreich die von der sächsischen S. P. D. eingeleitete Politik gewesen. In Sachsen sind mehr wie in einem andern deutschen Lande die Vorbereitungen für ein Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien gegeben. Die sächsische S. P. D. hat das richtig erkannt, entsprechend gehandelt und sich damit ein großes Verdienst um die gesamte deutsche sozialistische Arbeiterschaft erworben. Durch gemeinsame Arbeit zur Einheit, das war die Parole, die auf dem Leipziger Landesparteitag der S. P. D. im vorigen Jahre ausgegeben wurde. Dieser Parole folgend, sind wir auf dem Wege zur Wiederbereinigung der sozialistischen Arbeiterkraft ein gutes Stück vorwärts gekommen. Wenn überall in Deutschland die gemeinsame Arbeit der beiden sozialistischen Parteien so weit gediehen wäre, wie in Sachsen, so würde der organisatorische Zusammenschluß der S. P. D. mit der U. S. P. wahrscheinlich nur die Frage einer kurzen Frist sein.

Trotz aller Schwierigkeiten hat das Zusammenarbeiten der sozialistischen Parteien in Landtag und Regierung zu Ergebnissen geführt, auf die wir mit Befriedigung zurückblicken können. Auf dem Parteitage wurde vor allem auf die bedeutenden Leistungen in der Schulgesetzgebung hingewiesen. Zweifellos hätte in Sachsen noch sehr viel mehr erreicht werden können, wenn die sozialistische Mehrheit größer wäre und wenn die kommunistische Eigenbrötchen die Arbeit der sozialistischen Parteien nicht sehr erschweren. Die gemeinschaftliche Arbeit der beiden Parteien ließ den Einigungsgedanken im unabhängigen Lager erstarken. Wenn sich heute in einer Stadt wie Leipzig, deren Arbeiterschaft zum größten Teil unabhängig ist, die Funktionäre der U. S. P. für den Eintritt ihrer Partei in die Reichsregierung erklärt haben, so ist das zum guten Teile ein Erfolg der Taktik der sächsischen S. P. D. Daß es uns gelang, die Unabhängigen in so weitem Maße zur praktischen Arbeit in Regierung und Verwaltung heranzuziehen, hat zweifellos sehr viel beigetragen, zahlreichen Unabhängigen die Augen für die Notwendigkeit einer praktischen Politik zu öffnen. Es ist unübersehbar, daß gerade bei den sächsischen Unabhängigen ein diesbezüglicher geistiger Klärungsprozess stattgefunden hat, dessen Notwendigkeit freilich ein großer Teil der Dresdner U. S. P. nicht einzusehen scheint.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre kann niemand in der Partei bezweifeln, daß wir alles tun müssen, um an der gemeinsamen Arbeit mit den Unabhängigen in Regierung und Parlament festzuhalten. Indem der Parteitag sich gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei aussprach, tat er nur etwas Selbstverständliches. Die Sozialdemokratische Partei würde geradezu Selbstmord begehen, wenn sie sich jetzt die sogenannte große Koalition aufdrängen ließe, jetzt, wo wir wahrscheinlich vor neuen Landtagswahlen stehen und wo es gilt, alle Kräfte zusammenzufassen, um eine bessere Basis für eine sozialistische Regierung zu schaffen als bisher.

Wie notwendig die Stärkung der sozialistischen Mehrheit ist, das zeigen die Verhandlungen des Parteitages zur Genüge. In Sachsen ist noch sehr viel zu tun. So auf dem wichtigen Gebiet der Demokratisierung der Verwaltung. Entschieden wurde hier bereits mancherlei Fortschritt erzielt, wenn man sich freilich auch darüber klar sein muß, daß die Umstellung der Verwaltung, wie wir sie wünschen, nicht in kurzer Frist vollbracht werden kann, sondern jahrelange mühselige Arbeit dazu notwendig ist.

Das Referat der Genossin Juchacz über die Wohlfahrtsfrage legte die großen und schweren Aufgaben auch auf diesem Gebiete bloß. Auch hier werden wir um so mehr für die neuliebenden Proletarier leisten können, je größer unser Einfluss auf die Gesetzgebung und Verwaltung ist. Die Ausführungen der Genossin Juchacz und die daran anschließende Debatte zeigten die ungeheure Bedeutung einer sozialistischen Mehrheit in Sachsen. Der Beschluss, der von jedem Parteigenossen fordert, einen Stundenlohn abzuleistern, soll dafür sorgen, daß der Partei die nötigen Mittel für die kommenden Kämpfe zur Verfügung stehen.

Das Bild der Chemnitzer Tagung war das einer kämpfbereiten Sozialdemokratie. Es schien schon vor dem Krieg als Mutterland des deutschen Sozialismus; bereits im Kaiserreich hatte es eine sozialistische Mehrheit in der Bevölkerung. Der Verlauf des Parteitages bekräftigt uns in der Hoffnung, daß das sächsische Volk, wenn es demnächst zur Wahlurne schreitet, seinen alten Ruhm nicht wiederfindet.

Den Rathenaumördern auf der Spur

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 11. Juli. Beiden flüchtigen Mördern Rathenaus, dem Ingenieur Hermann Fischer und dem Oberleutnant zur See Kern, ist die politische Polizei auf der Spur. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die beiden flüchtigen Täter sich vom 1. bis 6. Juli in Bismarck in Medlenburg, am 7. Juli in Rostock und am 8. Juli in Königsberg aufhalten haben. Als sie am letztgenannten Orte von der Polizei erkannt wurden, flüchteten sie über die Elbe auf hannoversches Gebiet, Kreis Lichow. Ein starkes Aufgebot von Berliner Polizeibeamten, Abteilung Ia, mit Kraftwagen und Polizeihunden, die auf die Spur der Täter gesetzt wurden, stellte fest, daß die Täter nach Süden, nach Gortom, Forsthaus Wirt-Krenje, Catebusch, allgemeine Richtung Gardslegen, geflüchtet sind.

Am Sonntag früh gegen 3 Uhr waren die flüchtigen in Catebusch, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag trafen sie in der Nähe von Krenje ein. Dort haben sie eine General-kassette verloren, die von Kriminalpolizeibeamten gefunden wurde. Infolge dieses Verlustes ihrer Karte waren sich die flüchtigen über den einzuschlagenden Weg nicht klar, infolgedessen befragten sie Landbewohner nach dem Wege nach Gardslegen. Es ist damit zu rechnen, daß die Täter nach Süd-Deutschland zu flüchten beabsichtigen. Sie sind ohne genügende Mittel und anteilnehmend entkräftet. Sie haben sich bei Bauern und Forstwärtern Verstecke gesucht. Wahrscheinlich hoffen sie sich am Tage verborgen und bewegen sich nur des Nachts fort. Sie haben Fahrräder bei sich.

Personenbeschreibung:

Fischer: 1,78 Meter groß, braungebrannt, eingefallenes Gesicht, kleines Jodet, graue Militärmütze, Badenstrümpfe, schwarze Schuhe, grauer weicher Filzhut und auf dem Fahrrad aufgeschraubt Radack und Mantel.

Kern: Grauer Anzug, wie aus Militärmütze, aber gemauert (Blecker und Salz), Militärmütze, graue Wädelgamaschen, schwarze Schuhe, ebenfalls auf dem Fahrrad aufgeschraubt Radack und Mantel.

Beide haben sich in Königsberg neue Sachen gekauft, mit denen sie ihre Kleidung verändern können, nämlich zwei hochgeschlossene grüne Sommerjoppen, grünes Sporthemd mit weißem Umlagebogen, hellblaues Leinen- und Sporthemd, weiße Umlagebogen, braungraue bzw. grüne Sportstiefel. Sie haben auch weiche Güte bei sich. Polizei-, Eisenbahn- und Forstbehörden sind von der Berliner politischen Polizei bereits seit einigen Tagen über die Sachlage unterrichtet. Alle erforderlichen amtlichen Maßnahmen sind im Gange. Die breitesten Oeffentlichkeit wird aufgerufen, die

Berliner Polizei bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Arbeiter, Handwerker und Eisenbahn- und Forstbeamte werden dringend gebeten, auf die flüchtigen zu achten und alle Wahrnehmungen der nächsten Polizeibehörde mitzuteilen.

Außer dem bereits ausgedachten Summe von 1 Million Mark hat die Reichsregierung noch einen weiteren Beitrag von 1 Million Mark ausgesetzt, und zwar lediglich für die Personen, welche Fischer und Kern ergriffen oder zur Ergreifung und Ablieferung an die Behörden beitragen. Der Hauptfunktionspunkt des nach auswärts entsandten Polizeikommandos, das unter Leitung mehrerer Polizeikommissare steht, befindet sich zur Zeit in Gardslegen und ist auf dem Landratsamt, Telefon Nr. 64, zu erreichen.

Heute mittag 2,30 Uhr fährt vom Potsdamer Bahnhof ein weiterer Sonderzug mit Polizei in das Gebiet der Täter ab.

Organisation C

Luftverkehrs-Bewegung

München, 10. Juli. Wie die Staatsregierung mitteilt, sind im Zusammenhang mit der Verfolgung der Organisation C 19 Personen in München gefasst worden. Von diesen waren 5 seit längerer Zeit überhaupt nicht mehr in Bayern bzw. in München. Eine Person ist flüchtig. Drei Studenten wurden wegen angeblicher Zugehörigkeit zur Organisation C festgenommen. Von diesen drei ist keine einzige Vater. Vomgenommene Hausdurchsuchungen förderten kein belastendes Material zutage, so daß die Freilassung der Studenten bezweifellos ist. Zahlreiche Personen, darunter Luden dort, wurden vernommen. Die Vernehmungen verliefen aber ergebnislos. Die Polizeibehörden München sind sich mit einer Besondere an das Ministerium wenden, weil sich die Berliner Polizei der Vernehmung der habsburgischen Staatsrechte schuldig gemacht haben soll.

Dresden, 10. Juli. Auf Grund der Verordnung zum Schutz der Republik wurden vom Staatsministerium sämtliche im Reichsgebiet bestehende Gruppen der Deutschen Sozialen Partei verboten und aufgelöst.

Einigung im Buchdruckerstreik

Eigene Drahtmeldung

Dresden, 11. Juli. In Leipzig ist eine Einigung zustande gekommen und es ist anzunehmen, daß der Buchdruckerstreik heute oder morgen zu Ende geht.

Um das Moratorium

Englische Mächte glauben, infolge des Zusammenbruchs der deutschen Mark werden die Alliierten das Sanierungskomitee einladen, anstatt im Herbst schon jetzt zusammenzutreten und im Vorkriegszustand geben bezüglich aller Einzelheiten des Reparationsproblems. Angesichts der Folgen eines Mißerfolges des Komitees würde Frankreich vielleicht dem Komitee volle Freiheit in seinen Beratungen lassen. Jedenfalls kann mit einer Hilfe Amerikas nicht gerechnet werden, solange die Haltung der französischen Regierung in der Frage der Reparationszahlungen verbleibt, daß Deutschland Sicherheit für eine ausländische Anleihe bieten kann. So schreibt der Washingtoner Berichterstatter der Morning Post:

Er hört von autoritatöser Seite, daß ein Eingreifen der amerikanischen Regierung anläßlich der deutschen Krise unmöglich sei. Der einzig mögliche Schritt sei der eines privaten Verlattes. Hierbei sei jedoch zu bedenken, daß Morgan nach Paris gekommen sei, um an einem solchen Plane mitzuarbeiten, daß dieser Plan aber erfolglos geblieben sei, da die Hilfsquellen Deutschlands nicht die unentbehrliche Sicherheit für eine ausländische Anleihe bieten und bereits verpfändet seien.

Nach in Frankreich läßt das Verhängnis dafür, daß es hoffnungslos sei, das Reparationsproblem in der bisherigen Weise zu behandeln.

Eine Autorität im Wirtschafts- und Finanzleben Frankreichs erklärt:

Es sei eine merkwürdige Selbsttäuschung, wenn man sich vorstelle, daß die Deutschen Frankreich in der Bezahlung können. Auch die Franzosen hätten nach 1917 in der Zeit, wo sie allein vom Kriege in Mitleidenschaft gezogen waren und die andern Nationen nicht wie heute mit zahllosen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätten, und infolgedessen Frankreich neuen Kredit hätten geben können, von der Gesamtentschuldigung von 5 Milliarden nur 600 Millionen in der Bezahlung, und zwar 275 Millionen in Gold, 230 Millionen in französischen Banknoten und 138 Millionen in Wertpapieren. Frankreich bezahlte den Rest, d. h. 4248 Millionen in Wechseln. Man müsse also sich selbst und das Publikum an den Gedanken gewöhnen, daß man nur durch Sachlieferungen aus der Tasche herauskommen werde. Mittels des Wechselkurses kommt es zu Frankreich auf diesem Wege den ersten Schritt. Es sei zu wünschen, daß das Abkommen sobald wie möglich durchgeführt werde. Hieron hänge das beiderseitige Heil Frankreichs und Deutschlands ab.

Daily News meinen, der neue sensationelle Zusammenbruch der Mark ist nur auf die großen Anläufe ausländischer Zahlungsmittel zur Bestreitung der Reparationsleistungen zurückzuführen. Das ist selbstverständlich den französischen Bankern ebenso genau bekannt, wie irgendwelchen andern Teilnehmern an der Bankierskonferenz. Aber die unbedingte öffentliche Meinung verdirbt die französische Regierung, dies zuzugeben. Es ist Sache der französischen Politiker, zu entscheiden, wann sie ihren Wählern die Wahrheit sagen. Es ist aber nicht einzusehen, warum der Rest Europas ebenso darauf warten soll. Wir müssen uns auch

schließen, mit oder ohne Frankreich zur Lösung des Problems zu schreiten, um so den Frieden, die Sicherheit und eine feste Grundlage zu erhalten.

Daily Express verlangt, daß an Stelle des Verlaßter Vertrages ein neuer Friedensvertrag geschlossen werde. Die Männer von 1919 hätten im Dunkel gearbeitet und nicht wissen können, wie das Europa nach dem Kriege aussehen würde. Heute aber wählten sie es. Das Blatt hofft, daß Harbing nach den Wahlen die Signalmacht des Verlaßter Vertrags zu einer Konferenz nach Washington einladen werde, um einen neuen Vertrag abzuschließen.

Herabsetzung der Kohlenlieferungen gefordert

Ueber den Inhalt des Moratoriumsgesuchs, das die Reichsregierung in der Kohlenfrage an die Reparationskommission gerichtete hat, meldet der Matin, daß Deutschland eine Herabsetzung der Kohlenquantitäten von 30 Proz. verlangt habe mit der Begründung, daß das Reich zu dieser Reduktion gezwungen werde einmal durch den Verlust der ober-schlesischen Kohlengebiete, dem 20 v. H. dieser Verminderung zuzuschreiben sind, zum anderen infolge der Verminderung der eigenen Kohlenförderung, die die übrigen 10 v. H. anmachen.

Gegen den Terror in Oberschlesien

Dresden, 9. Juli. Die Gemischte Kommission teilt mit, daß die Verwaltungsbehörde beider Teile Oberschlesiens zu einer Besprechung nach Kattowitz eingeladen hatte. Der Zweck dieser Besprechung war die Bekämpfung des Terrors und der Gewalttätigkeit, die auf beiden Seiten gegen Angehörige der andern Nationalität verübt worden sind. An der Besprechung nahmen u. a. der Witold Zymer und der Regierungspräsident von Oppeln teil. Wie es in der Mitteilung der Gemischten Kommission heißt, waren die Vertreter beider Staaten einig in der Beurteilung des nationalen Terrors, der mit aller Energie bekämpft werden müsse. Beide Parteien haben sich geeinigt, daß den Möglichkeiten die größte Ermäßigung zu sein soll. Es soll an diesem Zweck eine aus Sachverständigen gebildete Kommission gebildet werden, die für die Durchführung diebestmögliche Maßnahmen Sorge tragen soll. Die Vertreter beider Staaten waren darüber einig, daß die Entweffnung der Bevölkerung mit aller Energie nach dem Ausbruch der Kämpfe in beiden Ober-schlesien durchgeführt werden muß.